

# BESCHLUSS

---

**des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 16. Dezember 2019**

---

## Pressefreiheit in Europa sichern – Keine Einschränkungen für die Medien dulden

### **Die Pressefreiheit ist in vielen Teilen Europas akut gefährdet!**

Diese Entwicklung ist eine Bedrohung der freiheitlichen Demokratie. Für uns Freie Demokraten ist die Pressefreiheit ein Lebenselixier der offenen Gesellschaft. Die ungehinderte Arbeit von Journalistinnen und Journalisten als „vierte Gewalt“ im Staate ist eine unverzichtbare Grundvoraussetzung für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Die pressefeindlichen Maßnahmen reichen von der aktiv bis wohlwollend begleiteten Konzentration regierungsfreundlicher Medienkonzerne bis hin zur laxen Verfolgung von Gewalttaten gegen Journalistinnen und Journalisten, selbst bei Mord. Regierungen dulden bisweilen ehrenrührige Hassposts und strafbare Morddrohungen gegen Journalistinnen und Journalisten. Es kommt vor, dass unliebsame Medienschaffende wegen angeblicher Finanzvergehen juristisch verfolgt werden.

Besonders prekär ist die Lage von Journalistinnen und Journalisten dort, wo Rechtspopulisten das Sagen haben, in der EU etwa in Italien, Polen und Ungarn. Dort wird versucht, Berichterstattung zu beeinflussen oder Kritiker zu diffamieren. Dieses Vorgehen gehört auch zum politischen Instrumentarium deutscher Rechtspopulisten (Stichwort: „Lügenpresse“).

### **I. Besserer Schutz der Pressefreiheit innerhalb der EU durch europäische Instrumente**

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Einschränkungen gegen die Pressefreiheit verhindert und Verbrechen gegen Journalistinnen und Journalisten in der Europäischen Union unabhängig und zügig aufgeklärt und geahndet werden. Sie verletzen die europäischen Grundnormen. Außerdem müssen journalistische Quellen konsequent geschützt werden und die Möglichkeit der Übergabe heikler Informationen („whistleblowing“) gestärkt werden. Wir fordern:

1. Wirkungsvollere Instrumente der EU gegen Mitgliedsländer zu schaffen, die Grundrechte wie die Pressefreiheit missachten, gegebenenfalls auch durch Vertragsänderungen. Dazu gehören die regelmäßige Evaluierung aller Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Einhaltung der Grundrechte und die Vereinfachung von Sanktionsmechanismen wie dem Entzug von Stimmrechten oder der Kürzung von EU-Fördermitteln (siehe auch Grundwerte-Initiative der FDP-Bundestagsfraktion).
2. Personen, die für politische Ämter kandidieren, sollen für die Dauer ihrer Bewerbung und ihres Mandats Mehrheitsbeteiligungen an Medienbetrieben nachweisbar und transparent

treuhänderisch abgeben müssen. In diesem Zusammenhang heben wir hervor, dass die Medienkonzentration in der Hand von Regierungsmitgliedern oder -parteien einen Angriff gegen demokratische Grundwerte darstellen kann und somit in den Anwendungsbereich von Artikel 7 EUV fällt.

3. Die effektive Umsetzung der EU-Richtlinie zum Schutz von Hinweisgebern, damit in Deutschland und den anderen EU-Mitgliedstaaten und größeren Unternehmen effektive Regeln bestehen, unter denen straffrei heikle Informationen weitergegeben und veröffentlicht werden können, die zur Aufdeckung von missbräuchlichen Praktiken und Straftaten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dienen. Dieser Schutz dient auch journalistischer Arbeit. Wir erwarten von der Bundesregierung die Durchsetzung hoher europäischer Standards.
4. Die Ergänzung von Anhang I ("Liste der Kriminalitätsformen nach Artikel 3 Absatz 1") der Europol-Verordnung (EU) 2016/794 um „gegen die Freiheit der Medien und deren Pluralität gerichtete Straftaten“, damit die EU-Polizei-behörde Europol in Zukunft ihr Mandat nutzen kann, um auch in diesem Bereich zu ermitteln.
5. Die rasche Aktivierung der europäischen Staatsanwaltschaft im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit in den 22 bislang angeschlossenen Ländern und die weite Auslegung ihrer Zuständigkeiten, damit sie außer bei grenzübergreifender Finanzkriminalität zu Lasten des EU-Haushaltes auch Untersuchungen an sich ziehen kann, welche das kriminelle Umfeld betreffen. Insbesondere wenn Journalistinnen und Journalisten über Korruption und den Missbrauch europäischer Gelder gearbeitet haben, Opfer von Gewalttaten wurden und die mutmaßlichen Täter grenzüberschreitend aktiv waren, sollte die europäische Staatsanwaltschaft diese Verfahren übernehmen.

## **II. Verstärkter Einsatz für die Pressefreiheit in europäischen Ländern, die nicht der EU angehören**

Wir Freie Demokraten blicken auch besorgt auf andere europäische Länder mit Grenzen zur EU, denn dort hat der Respekt vor der Pressefreiheit schon seit Jahren einen Tiefstand erreicht.

1. Wir wollen erreichen, dass die Bundesregierung im Rahmen ihrer bilateralen Kontakte und über die strukturierten EU-Dialoge über die Menschenrechtsslage mit Ländern außerhalb der EU nachdrücklich die besondere Bedeutung der Pressefreiheit betont. Auch muss die EU ihre Instrumente in der europäischen Nachbarschaftspolitik (Fördermittel und Sanktionsmöglichkeiten) dafür einsetzen, die Pressefreiheit besser zu schützen.
2. Bei schwerwiegenden Verletzungen der Pressefreiheit durch EU-Beitrittskandidaten setzen wir uns dafür ein, keine Beitrittsverhandlungen zu eröffnen oder bestehende Beitrittsverhandlungen auszusetzen.
3. Wir halten die Arbeit der multilateralen Organisationen, wie dem Medienbeauftragten der OSZE, dem Menschenrechtsbeauftragten des Europarates und die einschlägigen Gremien der Vereinten Nationen für unerlässlich für den Schutz und die Förderung der Pressefreiheit. Daher rufen wir die EU und die Mitgliedstaaten auf, mit freiwilligen Mitteln diese Arbeit stärker zu unterstützen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Gerichtsprozesse gegen unabhängige Journalistinnen und Journalisten systematisch begleitet werden. Deutsche Staatsangehörige müssen bei Verfahren gegen ihre journalistische Tätigkeit konkrete staatliche Unterstützung zur Verteidigung erhalten.